

Leitantrag

Gleichwertigkeit der Lehrämter endlich umsetzen – A13 als Eingangsamt für alle Grund- und Hauptschullehrkräfte und Anpassung der Unterrichtsverpflichtung für alle Lehrämter

Lehrkräfte sind Lehrerinnen und Lehrer, unabhängig von der Schulart, in der sie tätig sind. Der pädagogische Auftrag aller Lehrkräfte ist in einem modernen Schulsystem prinzipiell gleich. Lehrerinnen und Lehrer sind heute die pädagogischen Profis für individuelle Förderung, Lernmotivation und Bildungserfolg – ohne Unterschied der Schulart. Sie sind in ihrem jeweiligen Bildungsbereich gleichermaßen kompetent. Ihre Arbeit ist nicht gleich, aber sie ist gleichwertig.

Mit Blick auf die grundlegende Bildungs- und Erziehungsarbeit, die Lehrkräfte aller Schulformen täglich leisten, und mit Hinblick auf die enormen Herausforderungen, die in der Schule bewältigt werden müssen, ist die Bezahlung in der Grundschule nach A 13 überfällig, um den Beruf attraktiv zu gestalten und im Wettbewerb nicht nur mit anderen Schulformen, sondern auch anderen Bundesländern bestehen zu können. Dies gilt auch für die Grund- und Hauptschullehrer, die seit Jahrzehnten an Gemeinschaftsschulen gleichwertige Arbeit verrichten wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die mit A13 besoldet werden. Die bisherige Zulage im Bereich der Gemeinschaftsschulen ist gegenüber der erfolgten Besoldungserhöhung nicht ausreichend. Die Vor- bzw. Nachbereitungszeit kann nicht mehr pauschal an weiterführenden Schulen höher bemessen werden. Schule ist heutzutage weit mehr als nur die Vorbereitung, Vermittlung und Nachbereitung von Unterrichtsinhalten. Vielmehr müssen alle Lehrerinnen und Lehrer, verstärkt sogar an Grundschulen, im Zuge der Inklusion und aufgrund vieler Herausforderungen bedingt durch eine veränderte Schülerschaft in multiprofessionellen Teams mit außerschulischen Institutionen in stetem Austausch stehen. Um die Bildungs- und Erziehungsarbeit aller Lehrämter gleichermaßen wertzuschätzen, ist es daher notwendig, sowohl die Besoldung als auch die Höhe der Unterrichtsverpflichtung anzugleichen. Außerdem ist es ein wichtiger Baustein, strukturelle Diskriminierung abzubauen, denn noch immer sind es zu fast 90 Prozent Frauen, die an Grundschulen arbeiten und damit schlechter bezahlt werden. Dies haben die meisten Bundesländer erkannt und die A13 als Eingangsamt aller Lehrerinnen und Lehrer umgesetzt.

Bei weiterer Ablehnung durch die Landesregierung des Saarlandes wird es in den nächsten Jahren nicht mehr gelingen, den Lehrkräftebedarf an der Grundschule abzudecken, da immer mehr junge Kolleginnen und Kollegen in andere Bundesländer abwandern werden oder sich für ein Lehramt an anderen Schulformen mit besserer Bezahlung bei niedrigerer Unterrichtsverpflichtung entscheiden.